POST AUS BERLIN

Julia Obermeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sonderausgabe BREXIT

28. Juni 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

wie in meiner Post aus Berlin vergangenen Freitag angekündigt fand heute eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages zum Ausgang des BREXIT Referendums statt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in einer Regierungserklärung betont: Deutschland will auch weiterhin eng mit Großbritannien zusammenarbeiten. Die Abwicklung des Ausstiegs der Briten darf jedoch nicht nach dem Prinzip des *„Rosinenpickens“* geschehen! Wer sich für den Austritt entscheidet, verliert auch die zahlreichen wirtschaftlichen Vorteile der europäischen Binnengemeinschaft.

Eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich ist wichtiger als die Intensivierung der Beitrittsgespräche mit der Türkei! Wie weit weg Erdogans Türkei von einem EU-Beitritt ist, zeigt auch die Posse um die Reise einer deutschen Delegation zu unserer Soldatinnen und Soldaten in die Türkei. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 3.

In München konnte ich wieder zahlreiche Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern bei meiner mobilen Bürgersprechstunde in Laim führen. Am Freitag bin ich ab 10.00 Uhr wieder am Gärtnerplatz im Einsatz.

Im EM-Viertelfinale geht es also gegen die italienische Squadra Azzurra, da haben wir noch die eine oder andere Rechnung offen. Ich drücke weiter die Daumen!

Herzliche Grüße
Ihre

Neues aus dem Netz

Video: 1.000 Tage Bundestag

(Zum Ansehen bitte auf das Bild klicken)

Sondersitzung des Deutschen Bundestages

Keine Bevorzugung für Großbritannien nach einem Austritt

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eine Sonderstellung Großbritanniens nach einem Austritt aus der Europäischen Union ausgeschlossen.

In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag sagte Merkel: ***„Es muss und es wird einen spürbaren Unterschied machen, ob ein Land Mitglied der europäischen Familie sein möchte oder nicht."***

Verhandlungen über den Austritt könnten ***„nicht nach dem Prinzip der Rosinenpickerei"*** geführt werden. Gleichzeitig versprach sie, alles dafür zu tun, **die Europäische Union der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten zu stärken**. Sie werde sich einsetzen für ein wettbewerbsfähiges Europa, mit dem die Bürger sich identifizieren können und das ihr Leben spürbar verbessere. In ihrer Regierungserklärung erläuterte die Kanzlerin das Prozedere der Austrittsverhandlungen.

Keine Vorgespräche ohne förmliches Austrittsgesuch

Zunächst liege es an Großbritannien selbst zu erklären, wie es sein zukünftiges Verhältnis zur Europäischen Union gestalten wolle, sagte sie. Dabei machte Merkel unmissverständlich klar, dass Großbritannien weder formelle noch informelle Vorgespräche über die Modalitäten des Austritts erwarten könne, **so lange das förmliche Austrittsgesuch gemäß EU-Vertrag nicht vorliege**. Cameron hatte zuvor erklärt, dass er dieses Austrittsgesuch momentan noch nicht einreichen wolle.

Man zeige Verständnis dafür, dass das britische Volk nach dem knappen Ausgang – für den BREXIT – aufgewühlt sei und ein wenig Abstand brauche, um wieder klar zu denken.

Pflichten und Privilegien gehören im Binnenmarkt zusammen

Die Kanzlerin ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass Großbritannien nur dann weiterhin am europäischen Binnenmarkt teilhaben könne, wenn es auch die Regeln dafür akzeptiere. ***„Wer aus der europäischen Familie austreten möchte, kann nicht erwarten, dass alle Pflichten entfallen, die Privilegien aber weiterhin bestehen bleiben"***, betonte sie. Im Binnenmarkt gilt die Freizügigkeit für Menschen, Güter, Dienstleistungen und Kapital.

Betont wurden die deutschen und europäischen Interessen im Verhandlungsprozess. Mit Blick auf die engen Wirtschaftsbeziehungen und die Partnerschaft in der NATO. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt mahnte, nicht zu vergessen: ***„Wir sind und bleiben Partner."***

Die Entscheidung Großbritanniens nannte Merkel einen ***„Einschnitt in den europäischen Einigungsprozess"***. Die EU sei aber stark genug, um den Austritt zu verkraften.

Europa wettbewerbsfähiger machen

Man dürfe sich jetzt nicht auf die Frage nach mehr oder weniger Europa verengen, sondern darauf, wie Europa erfolgreich sein kann. Es gehe um Wettbewerbsfähigkeit, um Digitalisierung, Forschung und Innovation sowie um Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit. ***„Jeder Vorschlag, der die EU als Ganzes aus dieser Krise führen kann, ist willkommen"***, sagte die Kanzlerin.

Erdogan auf Konfrontationskurs

Wachsende Skepsis gegenüber dem NATO-Partner Türkei

Die Verabschiedung der **Armenien-Resolution** im Deutschen Bundestag hat zu diplomatischen **Verstimmungen zwischen Deutschland und der Türkei** geführt. Die Spannungen sind nun eskaliert: Die türkische Regierung hat dem Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Ralf Brauksiepe und einer Gruppe Bundestagsabgeordneter **den Besuch der deutschen Soldatinnen und Soldaten** auf dem NATO-Stützpunkt im türkischen Incirlik **verweigert**.

Julia Obermeier MdB: ***„Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Daher werden wir darauf drängen, dass auch in Zukunft die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in der Türkei besuchen können. Es ist nicht ausreichend, dass unsere Verteidigungsministerin, Dr. Ursula von der Leyen, sich in Incirlik ein Bild der Situation vor Ort machen kann.“***

Die Verteidigungspolitikerin sieht die Weigerung der Türkei, den Truppenbesuch der Delegation des Staatssekretärs zu genehmigen, als klare **Grenzüberschreitung**: ***„Zwischen NATO-Partnern ist diese Art der politischen Machtdemonstration unverhältnismäßig und inakzeptabel. Das betrifft klar unsere deutschen Sicherheitsinteressen.“***

Die Einsatzkräfte der Bundeswehr sind auf der **Militärbasis Incirlik** stationiert, um den Kampf der internationalen Gemeinschaft gegen die Terrormiliz IS in Syrien zu unterstützen. Die Aufklärungsflüge der Tornados tragen zu einem genaueren Lagebild bei und sind für den Erfolg des Einsatzes von großer Bedeutung.

Der Luftwaffenstützpunkt in Incirlik (Quelle: Bundeswehr/Jirka Ohk)

„Um die deutsche Handlungsfähigkeit weiterhin zu gewährleisten, sollten alternative Luftwaffenstützpunkte für die Aufklärungstornados geprüft werden. Eine Option wäre die Verlegung in das jordanische Amman“, so Obermeier.

Die CSU begegnet der Türkei, die von Präsident Recep Tayyip Erdogan immer mehr in einen **autoritären Staat** umgebaut wird, mit wachsender Skepsis. Nicht nur die außenpolitischen Entwicklungen sind besorgniserregend, sondern auch die innenpolitischen: Die **Grundrechte der Bevölkerung werden mit Füßen getreten**, die Rechte des Parlaments und der Abgeordneten immer weiter beschnitten.

„Die Störfeuer aus der Türkei werden fortwährend heftiger. Dem Konfrontationskurs Erdogans muss Deutschland mit entschiedenen diplomatischen Mitteln begegnen. Ich fordere den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union“, bekräftigt Obermeier.

Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 990 99
Fax: 089/ 893 991 00
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:

www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:

@Julia_Obermeier

Auf Facebook:

Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail:

julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

01.07.2016 – ab 11.00 Uhr	**Mobiles Bürgerbüro „Wo drückt der Schuh? - Julia Obermeier hört zu“**, am Gärtnerplatz
01.07.2016 – 19.00 Uhr	**Empfang zum Independence Day**, Amerikanisches Generalkonsulat, München
09.07.2016 – 14.00 Uhr	**Festveranstaltung 50 Jahre Westkreuz**, Bürgersaal am Westkreuz, Friedrichshafener Str. 17, 81243 München

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin